

## Regionalkonferenz Angela Merkel: „Wir wollen alle für die politische Diskussion gewinnen“

Mehr als 2000 Mitglieder haben gestern in Wiesbaden auf der ersten von sieben Regionalkonferenzen mit der Parteiführung diskutiert. Die Themen reichten von der Wirtschaftslage über das Gesundheitssystem bis zur Wehrpflicht. „Der Meinungsaustausch ist ein Kernelement einer starken CDU“, formulierte der hessische CDU-Vorsitzende, Ministerpräsident Volker Bouffier, in seiner Eröffnungsrede. „Wir wollen das Gespräch miteinander suchen und freuen uns, dass wir heute miteinander diskutieren können.“ An seiner Seite hatte er dabei die CDU-Vorsitzende aus

fen. Dazu hätte immer gehört, „Freiheit in Verantwortung als Freiheit zu etwas, nicht als Freiheit von etwas zu begreifen“. Auch Helmut Kohl habe die Deutsche Einheit auf dieser Überzeugung gegen viele Widerstände durchgesetzt. Angela Merkel erinnerte, dass sie 2005 von der rot-grünen Bundesregierung fünf Millionen Arbeitslose übernommen habe. Heute sei die Zahl der Arbeitslosen „nach der größten Weltwirtschaftskrise seit hundert Jahren auf knapp drei Millionen gesunken“, so die CDU-Vorsitzende. Ziel sozialer Politik müsse immer sein, „dass die Menschen

sionen positiv führen, dass wir bereit sind, dafür einzustehen und miteinander zu sprechen.“

### Prinzipienfähigkeit und Mut

„Wir wollen alle in unserer Partei für die politische Diskussion gewinnen“, betonte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. Zahlreiche Mitglieder hätten ihm in den vergangenen Wochen geschrieben. Mit Leidenschaft für die Idee CDU, aber auch mit Unzufriedenheit angesichts der heftigen Kontroversen. Der Generalsekretär forderte Prinzi-



Rheinland-Pfalz und Ministerpräsidenten-Kandidatin Julia Klöckner, den saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller und die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Wiesbaden, Familienministerin Kristina Schröder.

### Politik aus Verantwortung

Die Erfolge der CDU in der Bundesregierung seien Ergebnis einer „Politik der Verantwortung“, betonte die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ohne die CDU wäre die Politik der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten weniger erfolgreich verlaufen.

in unserem Land selber für ihr Glück und ihren Wohlstand sorgen können“.

Es sei immer wieder festzustellen, dass viele richtige Maßnahmen, die zu den Erfolgen beigetragen hätten, erst im Nachhinein positiv bewertet würden. Jüngstes Beispiel seien die Konjunkturprogramme der Bundesregierung, die nachweislich erfolgreich waren. „Wir müssen aber in Deutschland Diskussionen führen, wie wir zukunftsfähig werden“, betonte die Bundeskanzlerin. Das beinhaltet auch das Bekenntnis zu industriellen Großprojekten. „Ich bin stolz, dass wir in der CDU diese Diskus-

Prinzipienfähigkeit und Mut. Diese zahlten sich immer aus, „mitunter aber nicht sofort“. Die CDU stehe jetzt, wie die Bundesregierung, vor einem Herbst der Entscheidungen. Die CDU werde sich dieser Herausforderung stellen: „Christdemokraten machen bei Gegenwind den Rücken gerade. Wenn Rote und Grüne sich wegduckten, stehen wir für unsere Überzeugungen ein.“ In Bezug auf die in Wiesbaden stattfindende Diskussion mit den anwesenden Mitgliedern betonte er: „In dieser für unser Land entscheidenden Zeit wollen wir so viele Mitglieder wie möglich in die Diskussion einbinden.“

## Deutsche Einheit

### Christean Wagner: „SPD und Grüne haben sich 1989 noch gegen Wiedervereinigung ausgesprochen“ – „Alle Parteien sollten zu ihren politischen Aussagen und ihrer historischen Rolle rund um die Deutsche Einheit stehen“

In der Landtagsdebatte über die Deutsche Einheit bedauerte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, dass SPD und Grüne erst mit erheblicher Verspätung parlamentarisch auf das 20. Jubiläum der Wiedervereinigung reagiert hätten. Wagner kritisierte außerdem, dass die SPD einen Teil des gemeinsamen Antrages von CDU und FDP schlichtweg abgeschrieben habe. In der Debatte habe die SPD der CDU ohne Not Vorwürfe im Hinblick auf die ehemalige Ost-CDU gemacht. Wagner wies zudem die Vorwürfe der SPD hinsichtlich des Verhaltens der CDU im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozess zurück.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende hatte in seiner Entgegnung die großen Verdienste des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl hervorgehoben und darauf hingewiesen, dass „sich SPD und Grüne noch 1989 ausdrücklich gegen eine Wiedervereinigung ausgesprochen hatten.“ In diesem Zusammenhang erinnerte er an den Beschluss des SPD-Landesparteitages vom September 1989:

- „Während Außenminister Genscher am 30. September 1989 tausende DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft erlöst, beschließt die SPD Hessen am gleichen Tag auf ihrem Parteitag in Limburg, sich gegen das im Grundgesetz verankerte Wiedervereinigungsgebot auszusprechen. In der einstimmig verabschiedeten Resolution heißt es: ‚Die deutsche Politik hat zur Kenntnis zu nehmen, dass 50 Jahre nach dem deutschen Überfall

auf Polen und 40 Jahre nach Gründung zweier deutscher Staaten weder bei unseren westlichen Partnern, noch bei unseren östlichen Nachbarn die Bereitschaft geweckt werden kann, die Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu heben.‘ (FAZ, 3. Oktober 1989)“

Wagner zitierte in der Debatte weitere historische Aussagen von SPD und Grünen:

- „Die deutsche Frage steht derzeit als akute Frage der Wiedervereinigung entgegen aller Demagogie auch von Seiten rechter

C D U /  
C S U -  
Kreise,  
bei der  
auch der  
derzeitige  
Minister-  
präsident  
in populistischer  
Manier  
mit-  
zieht,

nicht auf der weltpolitischen Tagesordnung - und schon gar nicht so, wie manche aus dem rechten politischen Lager das wollen. Der Begriff Wiedervereinigung ist ohnehin ein problematisches Schlagwort [?] Zusätzlich unterminiert das Wiedervereinigungsgetöne alle Ansätze einer vernünftigen deutsch-deutschen Politik. [?] Es geht um den Dialog mit der SED, die längst nicht mehr ein festgefügt versteinert

ter Block ist.‘ Aus dem SPD-Info-Dienst ‚Wir Hessen‘ Ausgabe 11/1989.“

- „Joschka Fischer am 20. September 1989 im Hessischen Landtag: ‚Diese Wiedervereinigung will außer den deutschen Konservativen und außer jenen, die aufgrund veränderter Reformen in der DDR keine andere Perspektive mehr sehen, in Europa und in der Welt niemand. [?] Vergessen wir die Wiedervereinigung! [Sie glauben daran, ich glaube nicht daran.] Warum halten wir nicht für die nächsten 20 Jahre die Schnauze darüber?‘“



„Diese Aussagen belegen, wie die Positionen von hessischer SPD und hessischen Grünen im Wendejahr 1989 waren. Wir als CDU haben hingegen das Ziel der Deutschen Einheit nie aus den Augen verloren. Ich fordere deshalb alle Parteien auf, zu ihren politischen Aussagen und ihrer historischen Rolle rund um die Deutsche Einheit zu stehen und keine Geschichtsklitterung zu betreiben“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

## Bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen Hans-Jürgen Irmer neuer Vorsitzender aller bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen

Hans-Jürgen Irmer, Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Hessen wurde am vergangenen Wochenende einstimmig zum Vorsitzenden der bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Bernhard Recker aus Nordrhein-Westfalen an, der dieses Gremium seit 2004 geführt hat. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde ebenfalls einstimmig Eva Feußner aus

Sachsen-Anhalt gewählt. „Die Bildung unserer Kinder ist das bedeutende Zukunftsthema für unsere Gesellschaft. Ich freue mich deshalb über meine neue Aufgabe und werde sie mit viel Engagement angehen“, so Irmer. Die Bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen treffen sich in der Regel zwei- bis dreimal jährlich, um bildungspolitische Themen zu erörtern und gemeinsame Ziele abzusprechen.



## Vorstellung der Ergebnispapiere aus dem Zukunftsforum „Finanzplatz Frankfurt“



Zum vierten Mal in seiner mittlerweile neunjährigen Geschichte hat das Zukunftsforum „Finanzplatz Frankfurt“ der CDU Hessen (ZFF) die Ergebnisse seiner aktuellen Arbeitskreise vorgestellt. In diesen arbeiteten engagierte CDU-Mitglieder, aber auch externe Experten mit, um konkrete Gesetzesvorschläge zu erstellen. Der aktuelle Turnus hat Vorschläge zur privaten Finanzierung von Infrastruktur und zur Finanzierung des Mittelstandes sowie einem einheitlichen Altersvorsorgekonto vorgelegt.

Die engen Spielräume der Steuerpolitik sollten vornehmlich für den Mittelstand genutzt werden“, sagte der Vorsitzende des Zukunftsforums, Dr. Hans Reckers.

Vor der Präsentation der Ergebnisse referierte der neue hessische Finanzminister, Dr. Thomas Schäfer, zum Thema „Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise – Aktuelle Schwerpunkte der Finanzpolitik“. Den etwa 80 teilnehmenden Mitgliedern des Zukunftsforums stellte er dabei zum einen die auf das Land Hessen zukom-

„Unsere Vorschläge werden jetzt in die Politik eingebracht. Sie betreffen zentrale Themen des Finanzplatzes. Für die demographisch bedrohte Altersvorsorge müssen hohe Kapitalmengen aufgebracht werden, ebenso wie für die Infrastruktur unter den Sparzwängen der öffentlichen Haushalte.

mende veränderte Haushaltspolitik durch die geplante Schuldenbremse auf Landesebene vor, zum anderen schilderte er auch seine Sicht zu anstehenden regulatorischen Änderungen auf nationaler und internationaler Ebene und deren Auswirkungen auf die heimische Finanzbranche.

Die Vorschläge des Zukunftsforum „Finanzplatz Frankfurt“ im Einzelnen finden Sie um Internet auf den Seiten der CDU Hessen: [http://www.hessen-partei.de/inhalte/1004189/zukunftsforum\\_finanzplatz\\_frankfurt\\_index.html](http://www.hessen-partei.de/inhalte/1004189/zukunftsforum_finanzplatz_frankfurt_index.html)

**Hintergrund:** Das Zukunftsforum „Finanzplatz Frankfurt“ ist eine 2001 durch den heutigen Ehrenvorsitzenden der CDU Hessen, Ministerpräsident a.D. Roland Koch, initiierte Ideenschmiede für die CDU Hessen, die außerhalb der Tagespolitik Fachwissen nutzt und in die politische Diskussion einbringt.

## Buchvorstellung



Roland Koch hat sich allen schwierigen Themen der Gesellschaft immer gestellt. Neben Sachverstand brauchen wir nach seiner Überzeugung auch verbindliche Werte und Tugenden, um die anstehenden Prob-

leme zu lösen und die Gesellschaft zusammenzuhalten. Welche Veränderungen sind akzeptabel und notwendig? Welche gefährden unsere Gesellschaft? Sein neues Buch ist ein zukunftsweisendes politisches Manifest, das klar Stellung bezieht und eine notwendige Debatte anstößt.

Das Buch erscheint heute im Herder-Verlag.  
ISBN 978-3-451-30441-5

### Termine

**Samstag, 09. Oktober 2010, 14.00 Uhr**

#### Signierstunde mit Roland Koch

Buchhandlung Hugendubel, Untergeschoss (Abteilung Politik/Wirtschaft), Steinweg 12, 60313 Frankfurt

**Sonntag, 10. Oktober, 11.00 Uhr**

#### Signierstunde mit Roland Koch

Buchmesse Frankfurt: Herder-Stand, Halle 3.1, Stand E173, Ludwig-Erhard-Anlage, 60327 Frankfurt

## 25 Jahre Senioren-Union Hessen

Über 750 Mitglieder und Freunde der Senioren-Union Hessen konnte Landesvorsitzender Alfons Gerling beim „Tag der Hessischen Senioren-Union“ begrüßen, der in diesem Jahr in Friedberg stattfand und bei dem die Vereinigung ihr 25-jähriges Jubiläum feierte. Unter den zahlreichen Ehrengästen befanden sich Landtagspräsident Norbert Kartmann, der Generalsekretär der CDU-Hessen, Peter Beuth, die CDU-Landtagsabgeordneten Klaus Diez, Tobias Utter und Ismail Tipi, sowie die Vorsitzende der CDU Wetterau, Staatsministerin Lucia Puttrich. Als Festredner sprachen die ehemalige Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und heutige Bundesvorsitzende der Senioren-Organisation BAGSO, Prof. Dr. Ursula Lehr, sowie der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier. In seiner Begrüßungsrede wies Gerling auf die Bedeutung der Veranstaltung für die hessische Senioren-Union hin. „Wir wollen uns mit dieser Veranstaltung als eine große und starke Senioren-Gemeinschaft präsentieren, die ein kompetenter und anerkannter Interessenvertreter für die ältere Generation ist.“ Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums fügte er hinzu: „Es war sehr

weitsichtig von den Gründungsmitgliedern, bereits im Jahr 1985 eine Senioren-Union in Hessen ins Leben zu rufen. Sie wollten eine Vereinigung in der CDU schaffen, die älteren Menschen eine bessere Mitwirkung in der Politik ermöglicht und sie auch an der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt – dieser Anspruch konnte in den 25 Jahren gut verwirklicht werden.“ Ministerpräsident Volker Bouffier dankte der Senioren-Union Hessen in seiner Rede für ihre starke Präsenz in Friedberg. In den 25 Jahren seit dem Bestehen der Landesvereinigung habe sich die Gesellschaft stark verändert. Insbesondere die demographische Entwicklung erfordere tragfähige Antworten, wobei es wichtig sei, dass Jung und Alt nicht gegeneinander ausgespielt würden. „Die Gesellschaft braucht gelebte Solidarität unter den Generationen“, betonte Bouffier. Die Senioren-Union Hessen könne dazu beitragen, die notwendigen Antworten zu finden und sie den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln. „Die Erfahrungen und Tatkraft der Älteren wird in deiner aktiven Bürgergesellschaft gebraucht“, so der Ministerpräsident. Festrednerin Prof. Dr.



Ursula Lehr gab in einem eindrucksvollen Vortrag einen Überblick über den demographischen Wandel in Deutschland. „Wer heute in Rente geht, hat noch mehr als ein Viertel seines Lebens vor sich und der Renteneintritt wird als Beginn einer neuen aktiven Lebensphase gesehen“, so Lehr, die dazu aufrief, nicht auf das Potential älterer Menschen zu verzichten. Am Ende der rundum gelungenen Veranstaltung wurden der Landesgeschäftsführer der Senioren-Union Hessen, Manfred Dittmann, und der Vorsitzende der Senioren-Union im Odenwaldkreis, Rudolf Schwermer, mit der Konrad-Adenauer-Medaille ausgezeichnet, die als höchste Auszeichnung von der Senioren-Union Deutschland für herausragendes ehrenamtliche Engagement verliehen wird.